

Inhaltsverzeichnis

Schriftum.....	XIX
1. Teil: Einführung	1
§ 1: Die Straftat.....	1
I. Die Formaldefinition der "Straftat".....	1
1. Straftat und Strafgesetz.....	1
2. Rechtsfolgen der Straftat	3
3. Die verschiedenen Straftaten.....	5
II. Der sachliche Gehalt der "Straftat"	6
1. Strafrecht ist Schutzrecht	7
2. Herkunft und Bedeutung des Begriffs "Rechtsgut"	7
3. Konsequenzen für die Definition des Begriffs "Rechtsgut"	8
4. Konsequenzen aus der Definition des Begriffs "Rechtsgut"....	11
5. Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit	12
6. Der Strafgrund (Problem der Legitimation der Strafe).....	13
7. Die Strafzwecke (Problem der Ausgestaltung der Strafe).....	17
8. Der Streit zwischen absoluten und relativen Straftheorien	18
III. Straftat und Strafrechtsordnung.....	20
IV. Gegenstand der Lehre von der Straftat	20
§ 2: Strafrecht und Strafrechtsdogmatik.....	21
I. Das Programm des Art. 103 Abs. 2 GG.....	21
1. Der Bestimmtheitsgrundsatz	21
2. Das Rückwirkungsverbot.....	22
3. Das Analogieverbot.....	24
4. Der Ausschluß des Gewohnheitsrechts.....	26
5. Zur Herkunft des Grundsatzes von der "Gesetzesbestimmtheit der Strafe"	26
II. Die Realisierung des Programms des Art. 103 Abs. 2 GG.....	27
1. Gesetzeswortlaut, Sachverhalt und Subsumtion.....	27
2. Die Grenze der bloßen Subsumtion.....	28
3. Rechtsanwendung und Auslegung	30
4. Die Technik der Auslegung	32

5. Auslegung und Analogie.....	35
6. Rechtsdogmatik als Verfahren der Rechtsanwendung und Rechtsfindung	36
III. Exkurs: Der Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	39
1. Das Territorialitätsprinzip	39
2. Durchbrechungen des Grundsatzes.....	40
3. Inlandsbegriff und DDR	41
§ 3: Geschichte und Zukunft des Strafrechts.....	43
I. Zur Geschichte des Strafrechts	43
II. Die Zukunft des Strafrechts	45
1. Tendenz der Strafrechtsentwicklung	45
2. Praktische Versuche, die Strafe zu beseitigen.....	46
3. Die "défense sociale"	47
III. Materialien zum Nachdenken	47
§ 4: Einteilung der Straftaten.....	49
I. Verbrechen und Vergehen.....	49
II. Begehungs- und Unterlassungsdelikte.....	49
III. Erfolgs- und schlichte Tätigkeitsdelikte	50
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte.....	51
V. Zustands- und Dauerdelikte.....	51
VI. Allgemein begehbarer Delikte und Sonderdelikte.....	52
VII. Eigenhändige Delikte	52
2. Teil: Die Merkmale der Straftat.....	53
1. Kapitel: Der Unrechtstatbestand	53
1. Abschnitt: Begriffliche Klarstellung.....	53
§ 5: Die Lehre vom Tatbestand	53
I. Gesetzeswortlaut und Tatbestand.....	53
1. Ausgangspunkt.....	53
2. Feststellungen.....	53
3. Konsequenzen	54
II. Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe.....	54
1. Der Gesetzestatbestand.....	54
2. Der Unrechtstatbestand	55
3. Der Gesamt- oder Garantietatbestand	57
4. Tatbestand als Synonym für Sachverhalt	57

Inhaltsverzeichnis IX

III.	Dogmatische Konsequenzen aus dem Verständnis des Tatbestandsbegriffs	58
1.	Der sog. zweistufige Verbrechensaufbau.....	58
2.	Der sog. dreistufige Verbrechensaufbau	58
3.	Die Auflösung des Gegensatzes zwischen zwei- und dreistufigem Verbrechensaufbau.....	60
IV.	Tatbestand und Handlungsbegriff	60
1.	Die verschiedenen Handlungslehren und ihre Grenzen.....	61
2.	Konsequenzen aus der Diskussion um die Handlungslehren.....	62
3.	Zum Streitstand	63
2.	Abschnitt: Das vorsätzliche Begehungsdelikt.....	65
§ 6: Die objektive Zurechnung eines Erfolges zur Person des Täters:		
	Das "Risikoerhöhungsprinzip"	65
I.	Einführung.....	65
II.	Die objektive Zurechnung.....	66
1.	Grundsätzliche Fragestellung	66
2.	Grundlagen der objektiven Zurechnung eines Erfolges.....	67
3.	Die einzelnen Elemente der objektiven Zurechnung	68
4.	Das Prinzip der objektiven Zurechnung	74
5.	Konsequenzen für die praktische Prüfung.....	74
6.	Zur Einübung: Fallgruppe 1	75
7.	Objektive Zurechnung in Lehre und Rechtsprechung.....	75
III.	Sonderproblem: Der Grundsatz der Sozialadäquanz	77
§ 7: Die subjektiven Elemente des Tatbestandes.....		
I.	Die Unterscheidung zwischen vorsätzlichem und fahrlässigem Verhalten	79
II.	Das sog. Wissenselement im Vorsatz: Kenntnis der Tatumstände und ihres sozialen Bedeutungsgehaltes.....	80
1.	Wissen und Kenntnis der Tatumstände	80
2.	Die einzelnen Elemente.....	80
3.	Mitbewußtsein, Sprach- und Sachdenken, Erfassen von Ganzheiten.....	82
4.	Besondere Konstellationen des Vorsatzes.....	87
III.	Das sog. Willenselement im Vorsatz: Die Steuerung des Geschehens durch den Täter.....	89
1.	Der Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Zurechnung.....	89
2.	Steuerung des Geschehens und Kenntnis der Tatumstände....	91

3. Die Abgrenzung des <i>dolus eventualis</i> (bedingter Vorsatz von der Fahrlässigkeit).....	91
IV. Der systematische Ort des Vorsatzes innerhalb des Verbrechensaufbaus.....	96
1. Das Sachproblem.....	96
2. Der gegenwärtige Stand der Unrechtslehre	96
3. Stellungnahme.....	97
4. Ergebnis	100
V. Unrechtsbewußtsein als Element des Unrechtstatbestandes.....	101
1. Kenntnis des Tatbestandes und seines sozialen Bedeutungsgehaltes.....	101
2. Aktuelles Unrechtsbewußtsein	104
3. Ergebnis	105
4. Hinweis.....	105
VI. Besondere Problemstellungen innerhalb des Unrechtstatbestandes.....	106
1. Sog. objektive Bedingungen der Strafbarkeit.....	106
2. Wesentliche und unwesentliche Abweichungen des Tatgeschehens.....	107
3. <i>Aberratio ictus und error in persona vel obiecto</i>	109
4. Der Gewohnheitstäter	111
5. Der Triebtäter.....	111
6. Die sog. Reflexhandlung.....	112
7. Die sog. Teilbarkeit des Unrechtsbewußtseins	113
VII. Konsequenzen für den Deliktaufbau.....	113
§ 8: Pflichtbegrenzende Tatbestände - Rechtfertigungsgründe.....	115
I. Ausgangspunkt.....	115
1. Prämissen aus den Überlegungen zur objektiven Zurechnung	115
2. Der Tatbestand als Indiz für die Rechtswidrigkeit.....	116
3. Das Prinzip der Rechtfertigung und die einzelnen Rechtfertigungsgründe.....	116
4. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe	118
II. Notwehr (Nothilfe), § 32 StGB.....	118
1. Die einzelnen Voraussetzungen	118
2. Das Problem der sozialethisch bedingten Einschränkung der Notwehr	127
III. Einwilligung	136
1. Die einzelnen Voraussetzungen	136

Inhaltsverzeichnis

XI

2. Der Ort der Einwilligung innerhalb des Verbrechensaufbaus: Einverständnis und Einwilligung.....	139
IV. Mutmaßliche Einwilligung, GoA, Handeln im Interesse des Verletzten	141
V. Zur Problematik weiterer vertypter Rechtfertigungsgründe	142
1. Erlaubte Selbsthilfe, §§ 229, 230 BGB	142
2. Bürgerlich-rechtliche Notstände	143
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB.....	144
4. Züchtigungsrecht	144
5. Vorläufige Festnahme, § 127 StPO.....	145
6. Rechtfertigung durch "erlaubtes Risiko"	146
7. Einhaltung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt.....	147
VI. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	147
VII. Rechtfertigender Notstand - Pflichtenkollision - rechtsfreier Raum.....	156
VIII. Unmittelbarer Rückgriff auf das Prinzip des Interessenvorrangs.....	159
1. Grenzen des § 34.....	159
2. Die Fälle vorgetäuschter Gefahrenlage: die sog. vorgetäuschte Notwehrlage.....	160
3. Interessenvorrang als allgemeines Rechtsprinzip	161
IX. Praktische Prüfungsfolge.....	162
X. Zum Musterfall 1	162
XI. Exkurs: Handlungs- und Erfolgswert im Strafrecht	165
3. Abschnitt: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt.....	167
§ 9: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt.....	167
I. Grundlagen der Haftung aus einem Unterlassungsdelikt	167
1. Bloßes Nichtstun ist noch kein Unterlassen im Rechtssinne	167
2. Die Unterscheidung zwischen Tun und Unterlassen	167
3. Die Handlungspflicht bei den echten Unterlassungsdelikten	170
4. Die Handlungspflicht bei den unechten Unterlassungsdelikten	171
5. Grundlinien einer allgemeinen Garantenlehre.....	180
II. Garantenpositionen aufgrund der Schutzfunktion für ein bestimmtes Rechtsgut	180
1. Garantenposition aus natürlicher Verbundenheit.....	180
2. Garantenposition aus Gefahrengemeinschaft.....	185

3. Garantenposition aus freiwilliger Übernahme von Schutzfunktionen.....	185
4. Überantwortung von Schutzfunktionen	189
III. Garantenpositionen aufgrund der Pflicht zur Überwachung einer Gefahrenquelle	190
1. Garantenposition aus gefährlichem, vorangegangenem Tun (Ingerenz).....	190
2. Garantenposition aus der Herrschaft über einen Gefahrenbereich.....	193
3. Garantenposition aus Innehabung eines rechtlich geschützten Herrschaftsbereichs.....	195
4. Garantenposition aus Verantwortung für fremdes Handeln.....	197
5. Hinweise.....	197
IV. Der Umfang der Garantenhaftung.....	198
1. Der Ansatz der h.M.....	198
2. Pflicht zu Gefahrenabwehr und Gefahrenminderung.....	198
V. Der Aufbau des unechten Unterlassungsdelikts und seine Konsequenzen	199
1. Am Risikoerhöhungsprinzip orientiertes Aufbauschema des vorsätzlichen Unterlassungsdelikts.....	199
2. Der Aufbau nach h.M.....	200
3. Konsequenzen	200
4. Abschnitt: Fahrlässiges und erfolgsqualifiziertes Delikt	204
§ 10: Das Fahrlässigkeitsdelikt.....	204
I. Die Erfolgzurechnung innerhalb der Fahrlässigkeitshaftung.....	204
1. Die objektive Zurechnung.....	204
2. Die subjektive Zurechnung.....	205
3. Die Vermeidepflichtverletzung	206
4. Der Zusammenhang zwischen Vermeidepflichtverletzung und Erfolg.....	207
5. Das subjektive Rechtfertigungselement im Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts.....	210
6. Das materielle Unrechtsbewußtsein.....	211
II. Der Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	212
1. Am Risikoerhöhungsprinzip orientiertes Aufbauschema des fahrlässigen Begehungs- u. unechten Unterlassungsdelikts.....	212
2. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.).....	212

Inhaltsverzeichnis	XIII
3. Das fahrlässige Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	213
III. Konsequenzen für einzelne Problemstellungen	213
§ 11: Das erfolgsqualifizierte Delikt.....	217
I. Der Aufbau des erfolgsqualifizierten Delikts	217
1. Die Struktur des erfolgsqualifizierten Delikts	217
2. Der Zusammenhang zwischen der Rechtsgutsverletzung des Grundtatbestandes und dem besonderen Erfolg	218
II. Praktische Prüfungsfolge	220
2. Kapitel: Die Schuld.....	221
§ 12: Der Schuld begriff	221
I. Die Herkunft des Schuld begriffs.....	221
II. Die Unterscheidung von Rechtswidrigkeit und Schuld.....	222
1. Die Grundlagen der Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld.....	222
2. Argumente für die Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld.....	222
III. Die inhaltliche Bestimmung des Schuld begriffs	224
1. Die psychologische Schuldlehre	224
2. Einstehen müssen des Täters für seinen Charakter	224
3. Reduzierung des Schuld begriffs auf general- oder spezialpräventive Aspekte: "Der soziale Schuld begriff"	225
4. Normative Schuldlehren.....	226
IV. Die Schuldlehre der personalen Unrechtslehre.....	227
§ 13: Die einzelnen Entschuldigungsgründe	229
I. Reifemängel.....	229
II. Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen	229
1. Die psychologischen Faktoren.....	230
2. Die biologischen Faktoren	230
3. Nicht willensgetragenes Verhalten.....	231
4. Die actio libera in causa	231
III. Verminderte Schuldfähigkeit	236
IV. Der Verbotsirrtum	237
1. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach den bisher gesetzten Prämissen	237
2. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach h.M.....	237
3. Grenzen der h.M.....	238

§ 14: Verbote, unter Umständen bestehende Schuld vorzuwerfen	239
I. Entschuldigung und Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen	239
II. Die Regelungen im einzelnen	240
1. Der "Entschuldigende Notstand", § 35 StGB.....	240
2. Überschreitung der Notwehr, der sog. Notwehrerhebungsfall, § 33 StGB.....	241
3. Der Gewissenskonflikt.....	244
4. Die Zumutbarkeit.....	245
3. Kapitel: Systematische Konsequenzen.....	247
§ 15: Irrtum im Bereich des Unrechtstatbestandes	247
I. Die Bedeutung der sog. Irrtumslehren	247
II. Die Irrtumslehren	248
1. Zur Einführung.....	248
2. Die Lösung der Irrtumsproblematik nach den im Unrechtstatbestand gesetzten Prämissen:	
Die modifizierte Vorsatztheorie	249
3. Die strenge und die eingeschränkte Vorsatztheorie	252
4. Die strenge Schuldtheorie	253
5. Die eingeschränkte Schuldtheorie	253
§ 16: Irrtum im Bereich der Schuld.....	258
I. Zur Einführung.....	258
II. Die Problemstellung	259
1. Irrtum über einen Entschuldigungsgrund im engeren Sinne.....	259
2. Irrtum über ein Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen	259
III. Konsequenzen	261
§ 17: Gegenüberstellung der verschiedenen Aufbauschemata des vollendeten Erfolgsdelikts	261
I. Einheitliches Aufbauschema für die verschiedenen Deliktsarten	261
II. Das vorsätzliche Begehungsdelikt nach dem finalen Aufbau der h.M.....	262
III. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.)	263
IV. Das vorsätzliche/fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	264
V. Das Aufbauschema - ein Denkschema	264

Inhaltsverzeichnis	XV
3. Teil: Versuch und Rücktritt.....	266
§ 18: Der Versuch	266
I. Die Stufen der Straftat	266
1. Tatentschluß	266
2. Vorbereitungshandlungen.....	266
3. Der strafbare Versuch.....	266
4. Die Vollendung der Tat.....	267
5. Die Beendigung der Tat	267
II. Der Tatbestand des Versuchs	269
1. Die bestimmenden Elemente des Versuchs.....	269
2. Der vorbehaltlose (unbedingte) Tatentschluß	269
3. Die Abgrenzung der Vorbereitungshandlungen von der Versuchshandlung	270
III. Aufbauschema.....	275
IV. Besondere Problemstellungen.....	276
1. Das Fehlen des subjektiven Rechtfertigungselementes.....	276
2. Versuch mit dolus eventualis.....	278
3. Untauglicher, abergläubischer (irrealer) und grob unverständiger Versuch.....	279
4. Untauglicher Versuch und Wahndelikt.....	281
5. Versuch bei irriger Annahme einer Sonderpflichten- position.....	283
6. Der Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts.....	284
§ 19: Rücktritt vom Versuch.....	288
I. Die Intention des Gesetzgebers	288
1. Der Grundgedanke des § 24 StGB	288
2. Die Rechtsnatur des Rücktritts.....	288
II. Der Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1	289
1. Unbeendeter, beendeter und fehlgeschlagener Versuch.....	289
2. § 24 Abs. 1 S. 1, 1. Alt.: Der Rücktritt vom unbeendeten Versuch	292
3. § 24 Abs. 1 S. 1, 2. Alt.: Der Rücktritt vom beendeten Versuch.....	295
4. § 24 Abs. 1 S. 2: Das ernsthafte Bemühen des Täters, die Vollendung der Tat zu verhindern.....	295
5. Einsatz Dritter bei der Erfolgsabwendung.....	296
III. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten: § 24 Abs. 2.....	296
1. Verhinderung der Tatvollendung: § 24 Abs. 2 S. 1.....	297

2. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, wenn die Tat nicht vollendet wird: § 24 Abs. 2	297
3. Tatvollendung ohne wirksamen Tatbeitrag der Zurücktretenden, § 24 Abs. 2 S. 2, 2. Alt.....	297
4. Rücktritt aufgrund von Willensübereinstimmung.....	298
IV. Rücktritt und Unterbrechung des Zurechnungs-zusammenhangs	299
V. Besondere Probleme des Rücktritts	299
1. Versuch und vollendetes Delikt	299
2. Rücktritt vom Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts	300
§ 20: Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe	301
1. Persönliche Strafausschließungsgründe	301
2. Persönliche Strafaufhebungsgründe	301
3. Fakultative Strafmilderung.....	302
4. Irrtum über einen Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgrund.....	302
4. Teil: Täterschaft und Teilnahme	303
§ 21: Täterschaft	303
I. Täterschaft als Positionsproblem	303
1. Die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme.....	303
2. Unterschiede in der Verantwortungszuweisung als Abgrenzungskriterium.....	304
II. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei den Begehungsdelikten	306
1. Die subjektive Theorie der Rechtsprechung	306
2. Die Tatherrenschaftslehren	306
3. Stellungnahme	307
4. Tendenzen der Rechtsprechung	308
5. Zur Einübung	309
III. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei den Unterlassungsdelikten	312
1. Die soziale Verantwortungsposition Unterlassender	313
2. Die Konkurrenz der Rechtsgutsverletzung durch aktives Tun und pflichtwidriges Unterlassen	313
IV. Die einzelnen Tätertypen	315
1. Der unmittelbare Täter	315
2. Der Mittäter	316
3. Der mittelbare Täter	319

Inhaltsverzeichnis XVII

4. Selbstschädigung nicht frei verantwortlich Handelnder und Verantwortung Dritter	325
V. Besondere Problemstellungen innerhalb der Täterlehre	327
1. Der Täter eines eigenhändigen Delikts.....	327
2. Der Täter eines Sonderdelikts.....	327
3. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	328
4. Der Täter eines Fahrlässigkeitsdelikts	328
5. Versuch bei Mittäterschaft und mittelbarer Täterschaft.....	329
6. Haftung des Mittäters nach erfolglosem Rücktritt vom Versuch.....	330
VI. Hinweise zum Deliktaufbau	323
§ 22: Teilnahme	335
I. Die Akzessorietät der Teilnahme	335
1. Der Grundsatz der limitierten Akzessorietät.....	335
2. Der Strafgrund der Teilnahme.....	335
3. Durchbrechungen des Akzessorietätsgrundsatzes.....	338
II. Voraussetzungen der Anstiftung	340
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat (Haupttat).....	340
2. Das Bestimmen des Haupttäters.....	341
3. Der Vorsatz des Anstifters.....	344
4. Anstiftung durch unzulässigen Lockspitzeleinsatz	346
III. Voraussetzungen der Beihilfe	347
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat.....	347
2. Hilfe leisten	347
3. Der Vorsatz des Gehilfen.....	350
4. Beihilfe zum untauglichen, nicht zu einer konkreten Rechts-gutsgefährdung führenden Versuch des Haupttäters.....	350
5. Der Zeitpunkt der Hilfeleistung	350
IV. Die sog. notwendige Teilnahme	351
V. Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt	352
VI. Der Versuch der Beteiligung, §§ 30, 31 StGB.....	352
1. Der Verbrechenscharakter der künftigen Tat.....	352
2. Die einzelnen Tathandlungen.....	352
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31 StGB.....	355
VII. Handeln für einen anderen (Organ- oder Vertreterhaftung), § 14 StGB.....	355
VIII. Aufbauhinweise	356

XVIII

Inhaltsverzeichnis

5. Teil: Konkurrenzen und Wahlfeststellung.....	358
§ 23: Konkurrenzen.....	358
I. Tatmehrheit- Realkonkurrenz - § 53 StGB	358
II. Tateinheit - Idealkonkurrenz - § 52 StGB.....	359
1. Grundsituation	359
2. Natürliche Handlungseinheit	360
3. Fortsetzungszusammenhang	362
4. Handlungseinheit durch "Klammerwirkung einer Straftat"	363
III. Sog. Gesetzeskonkurrenz.....	365
1. Spezialität.....	365
2. Konsumtion	366
3. Subsidiarität.....	366
§ 24: Wahlfeststellung.....	367
I. Anwendbarkeit des Grundsatzes "in dubio pro reo".....	367
II. Die Wahlfeststellung	369
1. Die Situation der Wahlfeststellung.....	369
2. Die einzelnen Kriterien der Wahlfeststellung.....	369
3. Die Wahlfeststellung in der Praxis.....	370
4. Sog. Sachverhaltsalternativität.....	371
Register.....	372